



Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

# TAUNUS - ECHO

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei / Hochtaunus

Nummer 4, 26. Jahrgang, August / September 2004

## Wer nicht Ausbildet muss zahlen Wer nicht zahlt gehört enteignet

### Der Lehrstellenkonsens: Eine Verpflichtung zu nichts

Nach monatelangem Gemecker der „Wirtschaft“ über das „Umlagegesetz“ für Ausbildungsplätze des Bundestages erhält dieses nun im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat eine Beerdigung dritter Klasse. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat sind der Fallstrick Nr. 1 dabei, ob das unzureichende Gesetz überhaupt in Kraft tritt. Fallstrick Nr. 2 steht im Gesetzentwurf der Bundesregierung selbst drin. Dort heißt es, dass das Gesetz nur dann in Kraft tritt, wenn die Unternehmen sich nicht auf einen Ausbildungspakt einlassen und allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bieten. Die Regierung steht mit dem Rücken zur



Wand. Diese Situation nutzten die „Arbeitgeber“ um für Jahre, zumindest aber bis zum Ende der Legislaturperiode, ihre Vorstellungen von einem Ausbildungspakt festzuschreiben. SPD-Chef Müntefering und der Verhandlungsführer der Unternehmer, DIHK-Präsident Braun, stellten eine

### Industriebetriebe machen immer mehr Umsatz mit immer weniger Beschäftigten

**Die deutsche Industrie hat im April mit weniger Beschäftigten mehr Umsatz erwirtschaftet als im Jahr zuvor.**

Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am 17. Juni mitteilte, waren in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus 6,0 Millionen Menschen beschäftigt. Dies waren 2,1 Prozent weniger als im Vorjahresmonat. Der Gesamtumsatz lag bei 116,7 Milliarden Euro. Dies waren 3,8 Prozent mehr als im April 2003. Der Auslandsumsatz brachte es dabei mit

einem Plus von 7,5 Prozent auf 45,9 Milliarden Euro. (Wir zeigen auf, wo das Geld zu holen ist.) **Klaus**



Einigung in Aussicht. Und so kam es. Die Bundesregierung verspricht komplett auf ihr Gesetzesvorhaben zu verzichten. Im Gegenzug versprechen die Unternehmer jährlich 30 000 „neue“ Lehrstellen zu schaffen, sowie 25.000 „Praktikumsplätze“ zur Verfügung zu stellen. Dieses „Versprechen“ hat es jedoch in sich. Die Zusage für „neue“ Lehrstellen bedeutet nämlich nicht zwangsläufig, dass „zusätzliche“ Ausbildungsplätze geschaffen werden. Das machte der Hauptgeschäftsführer der

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Reinhard Göhner, deutlich. Er verwies in der „Berliner Zeitung“ darauf, dass jedes Jahr zahlreiche Lehrstellen wegfallen, weil die Konjunktur lahme und Betriebe in Konkurs gingen. Er hoffe, dass die Gesamtzahl der Lehrstellen nicht weiter absinke, „aber ausschließen kann das niemand.“ Auch Braun stellte klar, dass das Angebot auf Ausbildung für jeden „ausbildungsfähigen“ und -“willigen“ jungen Menschen nicht in jedem Fall eine Lehrstelle bedeuten wird. „Einen Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen kann niemand garantieren“, sagte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertag der „Welt am Sonntag“. Die Beschönigungen Müntes und auch in Aussicht gestellte 25 000 Betriebspraktika für „schwer Vermittelbare“ ändern nichts daran,

**Fortsetzung auf Seite 2**

## Fortsetzung von Wer nicht Ausbildet...

dass die Unternehmer ihre Versprechen und Pakte in Sachen Ausbildung immer gebrochen haben (siehe: „Bündnis für Arbeit“, „Ausbildung und Wettbewerb“). Jetzt werden sogar ihre Versprechen immer schlechter, sie verpflichten sich ... zu gar nichts!

**Sebastian**

**Weitere Informationen zum Lehrstellengesetz gibt es bei der Sozialistischen deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). SDAJ Hochtaunus Postfach 13, in 61371 Friedrichsdorf**

# Anzeigen

## Übernachtung in Berlin

**Du brauchst manchmal einen Schlafplatz in Berlin? Ich habe einen für dich und deine Freunde (bis 5 Personen).**

**Preise pro Nacht: 1 Pers. 20,- ; 2 Pers. 40,- ; 3 Pers. 50,- ; 4 Pers. 60,-; 5 Pers. 70,- Euro.**

**Tel. : 030 – 7859854,**

**E-Mail: iris.rudolph@gmx.de (von der Redaktion empfohlen)**



**Nummer 308**

Schwerpunkt:

„Die Bilanz der Euro Einführung“, ausserdem: „Potsdamer Abkommen umsetzen“ sowie die Aktion gegen das Gebirgsjägertreffen in Mittenwald. Zu Beziehen über:

**KAZ Redaktion, Reichstraße 8, 90408 Nürnberg**

Preis 1,02 Euro + Versand

# SDAJ Pfingstcamp 2004

**Bis zu 800 Teilnehmer, darunter 10 aus dem Hochtaunus zählte in diesem Jahr das traditionelle bundesweite Pfingstcamp der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), das in diesem Jahr erstmals am Rheinufer in Köln stattfand. In schöner Umgebung direkt am Fluss und bei fast durchgehend bestem Wetter diskutierten und feierten die Mitglieder der SDAJ mit vielen anderen Jugendlichen, die das**



**Musik- und Veranstaltungsprogramm in den Jugendpark gelockt hatte. Das alljährliche Pfingstcamp ist ein fester Bestandteil der SDAJ-Aktivitäten, alle zwei Jahre findet es bundesweit statt, dazwischen werden regionale Camps organisiert. In diesem Jahr veranstaltete der Jugendverband sein Zeltlager erstmals nicht auf dem Land, sondern inmitten einer Großstadt, wenn auch dort im Grünen. Das Experiment gelang, die Zahl der Teilnehmer dürfte die größte seit 1989/90 gewesen sein. Neben gut besuchten Konzerten prägten zahlreiche Diskussionsveranstaltungen das Programm. Ein Vertreter der cubanischen Botschaft informierte über die jüngsten Entwicklungen in der Karibikinsel und Eduardo Daza sprach**

**über die bolivarianische Revolution in Venezuela. Weitere Diskussionsrunden befassten sich mit der Situation im Irak, mit der Lage der Arbeiterjugend in Deutschland, mit rechter Propaganda in der Rockmusik und weiteren Themen. Ska und HipHop sowie traditionelle Arbeiterlieder, aber auch Hardrock und Punk - die Palette der angebotenen Musik bei Konzerten und Disco war ebenso vielfältig wie das Spektrum der Teilnehmer, unter ihnen zahlreiche sehr junge Menschen, für die es das erste Mal bei einer solchen Veranstaltung war. Sprecherinnen und Sprecher der SDAJ zeigten sich auch entsprechend zufrieden mit dem Verlauf des Pfingstcamps. Zu Provokationen durch die Polizei kam es ebenfalls nicht, le-**

**diglich das Ordnungsamt sorgte am späten Samstagabend für Unverständnis, als es für ein plötzliches Ende des Konzertes sorgte. Besonders freut es uns, dass ein SDAJ Genosse die Aufnahme in die DKP Hochtaunus beantragt hat. Thomas und Andre**



**Pfingstcamp? Echt klasse!**

**Das Taunus Echo kostet! Jeder Cent zählt! Spendenkonto der DKP Hochtaunus:**

**Kto. Nr. 1141 47 - 462**

**BLZ: 440 100 46 bei der Postbank Dortmund**

**Übrigens: Spenden an die DKP sind von der Steuer absetzbar!**

**UZ**  
**Die UZ muss Wochenzeitung bleiben!**

Leser-Aktion 2004/2005

**UNSERE ZEIT**

**Unser Wertpapier**

kommunistisch - informativ - wertvoll!

Abo & Information  
CommPress-Verlag,  
Hoffnungstrasse 18,  
45127 Essen,  
Tel 0201/2486482

Bitte beachten sie, den beigelegten Flyer der Aktion „Leser werben Leser“ Mit freundlichen Grüßen, die Taunus Echo Redaktion, sowie der Kreisvorstand der DKP Hochtaunus!

## Das erste DKP Gartenfest

Am 20. Mai 2004 fand in Köppern das erste DKP Gartenfest statt.

Zwischen vierzig und fünfzig gut gelaunte (meist jüngere) Gäste, konnten es sich bei Essen und Getränken zu günstigen Preisen, sowie Musik aus der Dose, gut gehen lassen. Dieses Fest, dass auch zum Wahlkampf der DKP Hochtaunus gehörte, war ein voller Erfolg. So konnte



dann auch der Überschuss 50:50 an das SDAJ Cuba Soliprojekt in Matanzas und an das Taunus Echo gespendet werden. Das nächste Gartenfest kann und

wird kommen. Dieses Gartenfest ist der Versuch gewesen, auch hier im Taunus eine Tradition der DKP zu etaplieren. In vielen Orten, wo es die DKP gibt,

veranstalten wir regelmäßig Feste. Nicht zu vergessen, lädt die DKP alle zwei Jahre zum UZ Pressefest, dem Volksfest der DKP. **Im nächsten Sommer ist es wieder so weit. Vom 24. bis 26. Juni 2005 findet das 14. Pressefest im Revierpark Wischlingen in Dortmund statt.** Wir vom Arbeitskreis Gartenfest gehen davon aus, dass unser Gartenfest

ebenfalls alle zwei Jahre stattfinden wird. **Text AK Gartenfest Bild AlMo**

### Achtung Satire:

Am Samstag den 03.07.2004 wurde der neue Wortlaut der Deutschen Kapitalistenhymne im FR Magazin abgedruckt. Aus gegebenem Anlass erlauben wir uns, diesen hier zu veröffentlichen, da bestimmt nicht alle unsere Leser die FR lesen aber, als treue Staatsbürger, den Wortlaut bestimmt nicht missen wollen...

Fünfunddreissig Stundenwochen sind der Wirtschaft Untergang. Darum lasst uns nicht mehr streiten. Aufstehn, Deutsche, macht euch lang.

Längre Wochenarbeitszeiten sind des Aufschwungs Unterpfand.

Danach lasst uns alle streben, fünfzig Stunden für das Land.

Nehmt das Herz in beide Hände, stört euch nicht an dem Verstand. Optimal sind sechzig Stunden. Steht nicht rum am Arbeitsamt.

Besser noch sind aber siebzig, ziehet mit an diesem Strang. Euch zu edler Tat begeistern, euer ganzes Leben lang.

Blühe auf im Glanz der Dummheit, blühe, deutscher Arbeitsmarkt. Dafür lasst uns alles geben, brüderlich zum Herzinfarkt.

### Ticker I

Am 25. Mai protestierten über 200 Beschäftigte des IB aus Frankfurt, Nordhessen und Hessen Süd gegen die Wünsche der Geschäftsleitung, den Lohn abzubauen und mehr und mehr Beschäftigte ohne Tarifschutz in GmbHs zu schieben sowie gegen die Verhandlungsblockade seitens des IB

4.6. Aufgrund der von Opel verkündeten Pläne, Teile der Produktion des Modells Zafira nach Polen zu verlagern, fand eine Kundgebung auf dem Werksgelände von Opel Rüsselsheim statt.

# 16. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 2005



## Zitat der Ausgabe

**„Unsere Solidarität gehört dem sozialistischen Cuba! Sollten es die Imperialisten eines Tages fertig bringen, Cuba zu überfallen, sollen sie wissen, dass das Land nicht nur auf Cuba und nicht nur von Cubanern verteidigt werden wird!“**

Am 7. Juni hat in Brasilia das erste Internationale Vorbereitungstreffen für die 16. Weltfestspiele der Jugend und Studenten begonnen.

60 Jugendorganisationen aus fünf Kontinenten beraten mehrere Tage lang über das Festival, das im August 2005 in Venezuela stattfinden soll. José Marcano vom Nationalen Jugendinstitut aus Venezuela hob die Bedeutung hervor, die das internationale Festival in Venezuela für den weiteren Aufbau der Bolivarianischen Revolution und die Ausweitung des antiimperialistischen Kampfes hat. Er berichtete über die Freude der venezolanischen Jugend, im kommenden Jahr Tausende Jugendlicher aus allen Ecken der Welt in Venezuela begrüßen zu können. Als Vertreter des WBDJ, dem traditionellen Veranstalter der Weltfestspiele, ergriff dessen Präsident Miguel Madeira das Wort. Er hob die Tradition der Welt-

festspiele hervor. 60 Jahre nach der Gründung des WBDJ werde dieses Festival im Zeichen des verschärften antiimperialistischen Kampfes in der Bolivarianischen Republik Venezuela durchgeführt. Das Vorbereitungstreffen legte fest, dass die Weltfestspiele am 5. August 2005 in Caracas eröffnet werden sollen und dann bis zum 13. August dauern. Erwartet werden 15.000 Jugendliche aus mehr als 150 Staaten. Wadson Ribeiro sagte anschließend für die UJS: „Wir denken, daß die 16. Weltfestspiele ein Ausdruck der Wiederbelebung der internationalen Jugendbewegung und ein Fortschritt bei der Stärkung des antiimperialistischen Bewusstseins der Jugend der Welt sein müssen. Die zentrale Botschaft des Festivals muss einen entschieden antiimperialistischen Charakter haben. In diesem Sinne ist es bereits ein Symbol, dass es in Venezuela stattfindet, das vom nordamerikanischen Imperialismus bedroht wird.“ **Andreas**

## Solidarität mit dem sozialistischen Cuba

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) und andere Mitgliedsverbände des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ) haben ein Projekt zur Renovierung der Universität Camillo Cienfuegos in Matanzas/Cuba begonnen.

Unser Foto: Die erste Solidaritätsbrigade der SDAJ zu diesem Projekt am 28. Juni 2004 vor dem Abflug auf dem Flughafen Frankfurt. Inzwischen ist die zweite Brigade bei der Arbeit; und die Genossinnen und Genossen der ersten Brigade brennen vor Begeisterung, auf Veranstaltungen von ihren Erlebnissen auf Cuba zu berichten.

Foto KHA, Text Thomas



# Daimler Chrysler Aktionstage

Mehr als 100.000 Beschäftigte legen die Arbeit nieder

Mehr als 100 000 DaimlerChrysler-Beschäftigte haben am 15. Juli 2004 gegen Sparpläne der Unternehmensleitung protestiert. Allein im Stammwerk in Sindelfingen ließen rund 20 000 Beschäftigte die Arbeit ruhen.

Nach Angaben des Betriebsrats wurden dort etwa 800 Fahrzeuge nicht montiert. Weitere Proteste gab es in auch in Stuttgart-Untertürkheim, Mannheim, Wörth, Bremen, Hamburg, Berlin, Kassel, Gaggenau und Rastatt. Bereits in der Nacht hatten rund 3000 Beschäftigte in Hamburg, Berlin und Düsseldorf die Arbeit niedergelegt. Die Kundgebun-



gen der Daimler Chrysler-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richten sich gegen Pläne des Unternehmens, rund 500 Millionen Euro an Lohnkosten einzusparen. **Die Drohung:** Andernfalls soll die nächste Generation der C-Klasse ab 2007 in Bremen und Südafrika hergestellt werden. In Sindelfingen wären dann 6000 Arbeitsplätze überflüssig. Auch an den Folgetagen wurden weitere Aktionen durchgeführt. Diese Aktionen dauerten bei Redaktionsschluss noch an. Bereits am 9. und 10. Juli 2004 hatten über 20 000 Beschäftigte Info-Veranstaltungen der Betriebsräte besucht. **Klaus**

## Arbeitslosengeld II

Am 1. Januar 2005 wird das neue Arbeitslosengeld II eingeführt, das Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenfasst.

Seit dem 19. Juli hat die Bundesagentur für Arbeit die Antragsformulare an die bisherigen Bezieher von Arbeitslosenhilfe verschickt. Der Chef der sogenannten Bundesagentur für Arbeit rechnet mit extremen Wutausbrüchen. Der Vorstandschef der Bundesagentur für Arbeit (BA) (ehemals Arbeitsamt), Frank Jürgen Weise, rechnet als Folge der Hartz -Gesetze mit einer massiven Beschwerdewelle. „Anfang nächstes Jahr wird auf uns viel Ärger zukommen“, sagte er dem Wirtschaftsmagazin „Capital“. Allein die Behandlung der Beschwerden werde die Arbeitskraft von 1 500 Mitarbeitern in Anspruch nehmen. Die BA mache sich bereits Gedanken, wie sie ihre Beschäftigten in extremen Fällen vor Wutausbrüchen schützen könne. Das müsse die BA aber



Sich wehren,  
Partei ergreifen!



aushalten, denn die Reform gehe in die richtige Richtung, sagte der BA-Chef. Insgesamt werde die Reform aber drastische Folgen für Empfänger von Arbeitslosenhilfe haben. Den meisten sei das noch gar nicht bewusst. Zudem seien die Fragebögen für den Antrag auf

Arbeitslosengeld II sehr kompliziert. Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg erklärte in Berlin, er habe Angst um die innere Sicherheit. Er warnt vor Übergriffen auf Sozialämter und Arbeitsagenturen nach der Einführung des Arbeitslosengeld II -diese werden Polizeischutz anfordern. „Extreme politische Positionen werden Zuspruch erhalten, Demonstrationen nicht immer friedlich verlaufen. Wer zudem jetzt glaubt, die Zeit sei günstig, um Arbeitnehmer auszupressen, sie ihrer Rechte zu berauben sowie ihre Gewerkschaften sturmreif zu schießen, hat nicht begriffen, wie eng sozialer Frieden und innere Sicherheit miteinander verbunden sind“ -so Freiberg. Zu Fragen über das ALG II stehen z.B. die Soziale Beratungsstelle des DGB (**kostenlos**) zur Verfügung. Tel. 069/27300595

**Frank**

## Siemens Aktionstag

Über 25 000 Beschäftigte des Siemens-Konzerns haben sich am Freitag dem 18.06.04 an bundesweiten Protestaktionen innerhalb und außerhalb der Betriebe beteiligt.

An mehr als 100 Standorten demon-

strierten die Arbeiter gegen die Pläne der Konzernleitung, mittelfristig in Deutschland über 5000 Arbeitsplätze abbauen zu wollen, wenn die Arbeitszeiten nicht verlängert und das Einkommen nicht gekürzt werde. Nach Angaben der IG Metall haben sich allein in

Bayern an 16 Standorten über 10 000 Siemens-Beschäftigte an den Aktionen beteiligt. In Nordrhein-Westfalen waren es an 12 Standorten über 5000. Weitere Schwerpunkte waren Baden-

**Fortsetzung auf Seite 7**

# Autonomes Jugendzentrum Köppern e.V

Nach gewissen ersten Anlaufschwierigkeiten ist das autonome Jugendzentrum Köppern zu einer festen Größe unter den Jugendlichen geworden.



**Etwa 70 Jugendliche und junge Erwachsene schauen regelmäßig im selbstverwalteten JuZ Köppern vorbei.**

Besonders das Donnerstag-Café ist ein beliebter Termin. Beliebt ist das Jugendzentrum, da es jungen Leuten Freiräume bietet. Donnerstags tritt auch der JuZ-Rat zusammen. Es herrscht Basisdemokratie, das ist die einzige Vorgabe, die der Juz - Verein ausgibt. Die Renovierung ist vorangekommen und die

verschiedenen Workshops sind ins Laufen gekommen. Finanzieren muss sich das Jugendzentrum weitgehend selbst. Deshalb vermietet das Juz die Räume an Gruppen, die dort Feiern veranstalten. Auch die Einnahmen aus dem Café-Betrieb fließen in die Rücklage. Derzeit sparen die Jugendlichen auf eine eigene Bühnen-Sound-Anlage, die Bands dann zur Verfügung stehen sollen. Ebenso soll die Computeranlage ausgebaut und eine Art Internet-Café eingerichtet werden. Problematisch ist dies, da in den letzten sechs Monaten schon mehrmals im Juz Eingebrochen wurde. „Das Wertvolle das geklaut wurde, gehört allerdings der Jugendpflege“, die die Räumlichkeiten Dienstags und Mittwochs nutzt. „Scheisse ist halt, dass die Sachbeschädigungen sehr hoch sind“, mittlerweile müssen fast

alle Türen die im inneren sind ersetzt werden. „Gut ist nur, dass sich einer von den Deppen beim öffnen einer Kasse verletzt haben muss“, denn es wurden Blutspuren entdeckt. Nach der Sommerpause wird sich der Sozialausschuss des Stadtparlaments mit den Jugendlichen zusammensetzen, um über die Verlängerung des Mietvertrags zu diskutieren. Das JuZ ist im Internet vertreten: [www.autonomes-juz.de](http://www.autonomes-juz.de)

Wolfgang

## Historisches

**Sonntag 1. August 80.** Jahrestag Roter Frontkämpfer Bund

**Donnerstag 5. August 109.** Todestag Friedrich Engels

**Freitag 13. August 43** Jahrestag der Sicherung der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zu Westberlin

**Dienstag 17. August 48.** Jahrestag des Verbots der Kommunistischen Partei Deutschlands im Auftrag des Adenauer Regimes.

**Mittwoch 18. August 60.** Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns (KPD Vorsitzender) in Buchenwald

# Ruhrcamp 2004

## Sommer, Sonne, Sozialismus

### Wochenseminar I

Vom Knüppel zur automatischen Fabrik – eine Einführung in die politische Ökonomie von J. Kuczynski

### Wochenseminar II

Von der Novemberrevolution bis zur Machtübertragung an den deutschen Faschismus

### Wochenseminar III

Lohn, Preis, Profit, Lohnarbeit und Kapital

### Referatsthemen (änderungen möglich)

- Der europäische Großraum - .
- War der deutsche Imperialismus jemals Juniorpartner der USA?.
- Die deutsche Türkei politik heute
- VVN contra faschistische Kriegsverbrecher und Staatsapparat
- Bildung und Erziehung in der BRD und in der DDR
- Geschichte der Weltfestspiele der Jugend und Studenten



Begleitend dazu: Ausflüge zu den „Stationen der Entwicklung der Arbeit“ z.B. Handwerksmuseum, Neandertalmuseum, Bergbau-

museum und Fahrradtour zu Stationen der Roten Ruhrarmee 1920 / natürlich auch: Schach, Schafkopf, Fußball, Badminton, Kickern, Schwimmen... und jede Menge Arbeiterlieder. **Einen ausführlichen Bericht über das Camp gibt es im nächsten Taunus Echo.**

Thomas



**Mittwoch 1. September 65.** Jahrestag des Überfalls der faschistischen deutschen Wehrmacht auf Polen

### DKP im Internet

[www.DKP.de](http://www.DKP.de)

[www.DKP-Hessen.de](http://www.DKP-Hessen.de)

[www.DKP-Hochtaunus.net](http://www.DKP-Hochtaunus.net)

V.i.s.d.p. Thomas Knecht Postfach 1344, 61283 Bad Homburg Auflage 2000 Eigendruck i.S.  
Redaktionsschluss für das nächste Taunus Echo ist der 24. September 2004

## Aktionstag

Württemberg, wo rund 3000 Beschäftigte protestierten und Berlin mit über 2500 Teilnehmern. Darüber hinaus kam es in Hamburg, Bremen, Rostock, Offenbach sowie in Jena und Erfurt zu Aktionen und Demonstrationen von Siemens-Beschäftigten. **In Karben folgte nach der ersten Kundgebung der VDO Frühschicht die Hauptveranstaltung um 12.00 Uhr rund 300 Teilnehmer fanden sich vor dem Werkstor ein, darunter die gesamte Belegschaft aus Karben. Hinzu kamen Delegationen aus weiteren Siemens Betrieben der Region; aber auch aus anderen Unternehmen wie, VDO Schwalbach.** Erfreulich an diesem Aktionstag war die Beteiligung von Belegschaften aus benachbarten Betrieben.

Klaus

## Neues vom Tettauer Glaswerk III

Die Eigentümer der ehemaligen Glashütte, die Gerresheimer Glashütten AG, hatte der Stadt vor kurzem einen Investor vorgestellt, der das Gelände kaufen will, wenn ihm erlaubt wird, darauf Wohnhäuser zu bauen. Welche Subventionsritter diese Investoren sind, wird sich zeigen. Arbeitsplätze werden sie zumindest nicht schaffen. **Wolfgang**

### Aktionen und Termine: August - September

**Samstag 7. August bis**

**Samstag 14. August**

II Ruhrcamp in Essen

**Mittwoch 1. September**

Antikriegstag

**Sonntag 5. September**

DKP Frankfurt Sommerfest in

Niederrat

**Sonntag 5. September**

Kreisvorstandssitzung Cafe Klatsch

Friedrichsdorf

**Dienstag 7. September**

Mitgliederversammlung der DKP

Hochtaunus Bürgerhaus Köppern

# DGB Jugend kämpfte

**Das „Haus der Gewerkschaftsjugend“, die einzige zentrale Bildungsstätte der DGB-Jugend, wird geschlossen.**

Die DGB-Spitze plante die Schließung des besonders für die Bildungsarbeit der Gewerkschaftsjugend wichtigen Bildungsstätte und den Verkauf des wertvollen Grundstückes schon seit längerem. Die Mitarbeiter des Hauses und viele junge Gewerkschafter protestierten und warnten vor den Folgen, die eine weitere Einschränkung der Jugendbildungsarbeit gerade auch für die Mitgliederwerbung - und damit längerfristig auch für die DGB-Finzen - haben wird.

**Jugendbildung tut not! Das hätte selbst der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung klar sein müssen. Wir machen weiter mit der Jugendbildung. Mehr dazu kann bei uns angefordert werden. Thomas**

### Ich möchte:

**O Informationen über die DKP.**

**O die U Z, Wochenzeitung der DKP kennenlernen.**

**O Mitglied der DKP werden.**

**O meine Ruhe.**

Name

Adresse

**Und ab an: DKP Hochtaunus**

**Postfach 1344**

**61283 Bad Homburg**



**Der Traum der deutschen Industrie. Damit er nicht wahr wird DKP stärken, Mitglied werden !**

# Ticker II

Ebenfalls am 4.6. fand in Berlin die Betriebsversammlung des Krankenhausbetriebes Vivantes statt. 2.500 bis 3.000 Beschäftigte waren erschienen. Die Stimmung war geladen: Nach einem „Sanierungskonzept“ des Berliner SPD/PDS-Senats sollen 1.800 Arbeitsplätze wegfallen.

In Becancour (Quebec / Canada) streiken seit dem 07.07. 800 Arbeiter der Alcoa-Aluminium-Hütte für einen besseren Pensionsplan, für die Sicherung der Arbeitsplätze und gegen die Fremdvergabe von Betriebsteilen.

Kassel 06.07. 1500 Auszubildende und Schüler demonstrieren unter dem Motto „Zukunft erkämpfen! Ausbildung, Bildung und Arbeit für alle!“ gegen die Ausbildungsmisere der Landes- und Bundesregierung..

Für ihre Forderung nach einer „Olympia-Prämie“ traten am 07.07. die Hotelangestellten in Athen in einen 24-stündigen Warnstreik. Am 08.07. streikten die Beschäftigten der öffentlichen Verkehrsmittel von 11 bis 17 Uhr für die gleiche Forderung: Eine generelle Lohnanhebung sowie eine Sonderzahlung von 18 Prozent des Monatslohns.

Mehr als 1.200 Beschäftigte der Uniklinik Freiburg beteiligten sich am 07.07. an Streikaktionen gegen eine geplante Arbeitszeitverlängerung auf 41 Wochen-Stunden, Lohnkürzungen um 10 bis 25 Prozent sowie zahlreichen Streichungen wie die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Am 15. und 21. Juli wurden die Streiks an den Unikliniken in Heidelberg und Ulm fortgesetzt.

Rund 12.000 Arbeiter und Angestellte traten am 10.07.04 und am 17.07.04 bei DaimlerChrysler in Sindelfingen ihre Arbeit kurzerhand nicht an. Die Produktion von mehr als 1.000 Autos fiel dadurch aus. Der Konzern will eine Arbeitszeitverlängerung auf 40 Wochenstunden sowie Kürzungen bei den Löhnen durchsetzen. Die Profite sollen dadurch um 500 Millionen Euro gesteigert werden.

# Nein zu dieser EU

**Auffällig an der EU Wahl ist die Wahlbeteiligung (43%). Warum wählen gehen, wenn sich dadurch ja doch nichts ändert?**

Die Arbeitslosen bleiben Arbeitslos, Bildung und Gesundheit kann bald nur noch von Reichen bezahlt werden. Dass die SPD gegenüber der letzten EU Wahl ca. 1,7 Millionen Wähler verloren hat, scheint logisch. Denn gerade ihre Anhänger hatten (und haben) noch immer Illusionen gegenüber dieser Partei (die weder sozial noch demokratisch ist). Die Grünen, die die gleiche unsoziale Politik in der Regierungskollision mitbetreiben, gewannen ca. 1,3 Millionen Stimmen gegenüber 1999. Neben dem Heiligenschein von Umweltschutz und Gesundheit ist hier ein anderes Klientel vorhanden. Den Grünen – Anhängern ab 40 geht es gut, sie sind mit sich und ihren Limousinen zufrieden. Sozialabbau stört sie (noch) nicht. Josef Fischer wird's schon richten. Die PDS hat knapp über 10.000 Stimmen gewonnen, vor allem auch im Westen. Verloren hat sie in Berlin und Mecklenburg – Vorpommern, wo sie im Regierungsbündnis den bundesweiten Sozialabbau mitbetreibt. Gegen „Reformen“ und Kriegsvorbereitung (mit dem Geld aus den „Reformen“) helfen keine Wahlen. Der außerparlamentarische Kampf - und dies bei aller Kritik nicht ohne die Gewerkschaften – kann als Gegenwehr Schlimmeres verhüten. **Die DKP bekam in der BRD 37.231 Stimmen, in Hessen 2934 Stimmen, im**

Hochtaunus 94 Stimmen, davon das beste Ergebnis in Köppern das bei 0,5 Prozent liegt. Vor allem in den neuen Bundesländern schnitt die DKP unerwartet gut ab. Aber auch der DKP im Hochtaunus hat der Wahlkampf einiges gebracht. Mehrere Personen haben von uns zum ersten mal gehört; und sich bei uns gemeldet, da sie unsere Arbeit unterstützen möchten. **PS: 2006 sind Kommunalwahlen in Hessen.**



Thomas Knecht

## EU-Militarisierung

### Schritt für Schritt in den nächsten Krieg



„Wir machen das schon. Wie heißt das Land?“

**Das Hochgeschwindigkeitsnetz der europäischen Bahnen soll für Kriegstransporte der EU bereitgestellt werden.**

Die Europäische Union müsse außerdem veranlassen, dass Schiffsraum jeder Art jederzeit beschlagnahmt werden kann, wenn er für weltweite Militäroperationen benötigt wird. Zugleich seien eine entschiedene Aufstockung des soldatischen Personals und die Erhöhung der Rüstungsausgaben sämtlicher EU-Mitglieder unabdingbar. Ein-

geschlossen sind Arsenale »für nukleare, chemische und biologische« Kriegführung. Diese und weitere Maßnahmen zur radikalen Militarisierung der EU listet ein aktuelles »Strategiepapier« der deutschen Bertelsmann-Stiftung auf. Darauf verwies der unabhängige Internetdienst German-Foreign-Policy.com im Zusammenhang mit dem jüngsten EU-Gipfel. Die englischsprachige Veröffentlichung trägt den Titel »A European Defence Strategy« (Eine europäische Verteidigungsstrategie) und wurde von der »Forschungsgruppe Politik« des Stiftungsunternehmens erstellt. Auf 102 Seiten werden militärische und paramilitärische Maßnahmen vorgeschlagen, um der EU »Einsätze größeren Umfangs, größerer Reichweite und stärkerer Kampfkraft für längere Zeiträume« zu ermöglichen. Den geplanten Überfällen steht ein »EU-Sicherheitsrat« vor, der sowohl militärische wie zivil-militärische Maßnahmen in sämtlichen EU-Staaten anleitet. Damit plädiert die Bertelsmann-»Forschungsgruppe« für ein

überstaatliches EU-Notstandsgremium, das der Kontrolle sämtlicher Parlamente entzogen ist und Befugnisse zur Aufhebung nationaler Verfassungsgebote erhält. Wie es ausdrücklich heißt, werde die operative Führung der Notstandsmaßnahmen in den Händen einer Dreiergruppe aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland liegen (»trirectoire of Britain, France and Germany«). Laut German-Foreign-Policy.com stellt das von der Bertelsmann-Stiftung zu verantwortende »Strategiepapier« eine bisher unerreichte Katalogisierung militärischer und zivil-militärischer Maßnahmen dar, die geeignet sind, das nationale Verfassungsrecht der EU-Mitgliedsstaaten zu beseitigen und an dessen Stelle ein Diktatorialregime zu setzen.

**Es darf nie in Vergessenheit geraten.**

**Der Imperialismus ist nicht friedensfähig.**

Thomas